

Bettina Stark-Watzinger

Wir müssen unsere Forschung besser vor China schützen

Die Zeitenwende zwingt auch die Wissenschaft zu strategischem Denken in Sicherheitsfragen. Kooperationen mit China sollen geprüft und die Trennung von ziviler und militärischer Forschung hinterfragt werden. Ein Gastbeitrag der Bundesforschungsministerin.

Von BETTINA STARK-WATZINGER



© ZB

Im Nanostrukturlabor des Physik-Institutes der Universität Greifswald werden unter Gelblicht kleinste Strukturen hergestellt. Bild aus dem Jahr 2018

Wir erleben eine Zeitenwende, die weite Bereiche unseres Lebens erfasst. Maßgeblich dafür ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine mit seinen gravierenden Folgen. Auch schon zuvor befand sich die Welt im Umbruch: Multipolarität, Cyberbedrohungen und systemische Rivalität gerade mit China nehmen stetig zu. All das hat Konsequenzen für Wissenschaft und Forschung. So hat mein Haus als Reaktion auf den russischen Überfall auf die Ukraine alle laufenden und geplanten Maßnahmen mit Russland eingefroren. Zugleich haben wir den kritischen Blick auf China geschärft.



© Lucas Bäuml

Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP)

Die Zeitenwende macht einen strategischeren Ansatz erforderlich, der das hohe Gut der Wissenschaftsfreiheit mit unseren sicherheitspolitischen Interessen in Einklang bringt. In diesem Jahr hat die Bundesregierung mit der Nationalen Sicherheitsstrategie und der China-Strategie einen wichtigen Rahmen dafür geschaffen. Zur Umsetzung ist es nun notwendig, bisherige Praktiken zu überprüfen und bestehende Denkmuster zu hinterfragen. Konkreter Handlungsbedarf besteht in drei Bereichen:

Erstens müssen wir mehr für die Sicherheit unserer Forschung tun. Missbrauch von Forschung, ausländische Einflussnahme und vor allem der ungewollte Abfluss von Know-how und Technologie ins Ausland zählen zu den Risiken, denen Forschung zunehmend ausgesetzt ist. Um sie besser zu schützen, brauchen wir einen sensibleren Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung. Insbesondere der Dual-Use-Aspekt, das heißt die Möglichkeit einer militärischen Verwendung ziviler Forschungsergebnisse, muss selbst in der Grundlagenforschung mitgedacht werden.

Im Umgang mit Chinas Regime nicht naiv sein

In Zeiten wachsender systemischer Rivalität gehören unsere internationalen Kooperationen in sensiblen Forschungsbereichen auf den Prüfstand. Speziell mit Blick auf China ist eine noch kritischere Abwägung von Risiko und Nutzen bei der Zusammenarbeit notwendig. Das schließt die Überprüfung bestehender Kooperationsbeziehungen auch von Hochschulen ein. Wir dürfen nicht naiv sein im Umgang mit einem Regime, das das Ziel verkündet, Ergebnisse ziviler Forschung in militärische Anwendungen überführen und eine Dominanz bei kritischen Technologien erreichen zu wollen.

Deshalb werden wir die Information und Sensibilisierung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen gemeinsam mit den zuständigen Behörden wie dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle weiter verstärken. Zudem unterstützen wir den Auf- und Ausbau unabhängiger China-Kompetenz.

Zweitens müssen wir noch verantwortungsbewusster mit der Wissenschaftsfreiheit umgehen. Sie ist Voraussetzung für die Innovationskraft und den Wohlstand unseres Landes. Berichte

über chinesische Quantenphysiker, die über Jahre hinweg die exzellenten Bedingungen und den Zugang zu Wissen an einer deutschen Universität nutzen, um später nach China zurückzukehren und dort dem Militär zuzuarbeiten, offenbaren jedoch unsere Achillesferse: Ausländische Akteure nutzen bestehende Spielräume zum Nachteil unserer nationalen Sicherheit.

Bei sicherheitsrelevanter Forschung und erkennbaren Dual-Use-Risiken sollten Forschende daher besonders sensibel handeln und die Unterstützungsangebote der Hochschulen und Forschungseinrichtungen wie etwa die Kommissionen für Ethik sicherheitsrelevanter Forschung (KEFs) stärker nutzen. Falls nötig, werden wir neue Instrumente im Dialog mit der Wissenschaft entwickeln.

Grenzen zwischen ziviler und militärischer Forschung verschwimmen

Drittens müssen wir die strikte Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung hinterfragen. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat Deutschland viel über Waffensysteme zur Verteidigung diskutiert und ein Umdenken begonnen. In der Forschungslandschaft ist jedoch weiterhin das Bild einer moralisch überlegenen zivilen Forschung und einer moralisch weniger vertretbaren militärischen Forschung weit verbreitet. Das gilt es zu hinterfragen.

Hinzu kommt, dass die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Forschung mit zunehmendem technologischen Fortschritt immer stärker verschwimmen. Gerade in Zeiten, in denen der internationale Wettbewerb um Schlüsseltechnologien die Weichen für die Zukunft stellt, sollten wir zu einer Neubewertung kommen. Länder wie Israel und die USA setzen erfolgreich in einem zivil und militärisch geprägten Ökosystem Forschung in technologische Innovation um.

Die Zeitenwende rückt auch Zivilklauseln in ein anderes Licht. Es drängt sich die Frage auf, ob sie noch zeitgemäß sind. Denn wissenschaftliche Erkenntnisse und Forschungsergebnisse können dazu beitragen, den Staat bei der Gewährleistung der allgemeinen inneren Sicherheit – zu der auch die Sicherheit und damit Freiheit unseres Wissenschaftssystems gehört – sowie bei der Friedenssicherung zu unterstützen. Zivilklauseln sollten daher zumindest so ausgestaltet sein, dass Wissenschaftler ihrer Verantwortung im Interesse unseres Landes gerecht werden können.

Ein solcher strategischerer Ansatz in Wissenschaft und Forschung wäre die richtige Antwort auf die Zeitenwende und das Umdenken, das mit ihr begonnen hat. Bund, Länder und Wissenschaftsakteure sind hier gleichermaßen gefordert. Denn für uns alle gilt: Freiheit zur Verantwortung.

Quelle: F.A.Z.